

Stellungnahme

Landesfrauenrat Hamburg e.V.

Hamburg, 02.08.2021

Nr. 2



Statement des Landesfrauenrates Hamburg e.V.

Zum Beschluss der CDU Hamburg „Für die deutsche Grammatik, gegen den Gender-Zwang“ vom 25.05.2021 und zur Frage der Nutzung geschlechtergerechter Sprache.

Die Aufregung war groß – und kalkuliert: Die CDU Hamburg hat sich für ein staatliches Verbot des Genderns ausgesprochen. Auch wenn sie damit offensichtlich nicht mal mehr den Nerv ihrer eigenen Partei getroffen haben¹, wurde mal wieder einige Tage heftig darüber diskutiert, ob das Gendern nun gut oder schlecht sei, welche Formen zu bevorzugen oder ob es nicht doch insgesamt verboten gehöre.

Als Landesfrauenrat Hamburg begrüßen wir eine Auseinandersetzung mit dem Thema Gendern. Gesellschaftliche Veränderungen sind dann am nachhaltigsten und besten, wenn sie durch eine breite gesamtgesellschaftliche Diskussion getragen werden, in der jede Seite zu Wort kommen kann und alle ein Interesse an Austausch und Verständigung haben. Und genau das ist es, was der Beschluss der CDU Hamburg vermissen lässt. In ihrem Beschluss geht es der CDU Hamburg nicht darum, einen Raum für Diskussion zu eröffnen, sondern diesen – im Gegenteil – möglichst effektiv zu verschließen. Hier wird keine Diskussion angefangen, sondern versucht eine zu beenden. Gleichzeitig ist dem Beschluss deutlich anzusehen, dass er als Wahlkampfmittel orchestriert ist, um möglichst viel Aufmerksamkeit zu generieren. Wir erkennen in der Beschlussbegründung den Versuch mit der realen Verunsicherung von Personen Politik zu machen und gleichzeitig deutliche Annäherungssignale nach rechts, hin zu einem wertkonservativen und neu-rechten Milieu zu senden. So ein Vorgehen lehnen wir ab.

Geschlechtergerechte Sprache, Gendern, alle miteinbeziehen – es gibt so viele Bezeichnungen für den Versuch, Sprache so zu gestalten, dass sich möglichst alle Menschen angesprochen fühlen, wie es Wege gibt, dies zu tun. Das zeigt: Wir haben es mit einem Prozess zu tun, der noch nicht abgeschlossen ist. Für die meisten Möglichkeiten zu Gendern, gibt es Pro- und Contra-Punkte. Manche davon sind rein ästhetischer Natur („Das sieht aber nicht schön aus!“), manche Menschen bevorzugen ganz einfach eine bestimmte Art („Ich fühle mich aber durch das Sternchen mehr angesprochen als durch das Binnen-I.“) und manchmal geht es auch darum, dass andere Aspekte von Inklusion nicht verloren gehen². Diese Diskussion ist wichtig, wenn wir am Ende ein Ergebnis haben wollen, welches möglichst viele Menschen inkludiert und gleichzeitig keine neuen Ausschlüsse schafft. Wir vertreten dabei die Position, dass der sprachliche Wandel hin zu mehr Gerechtigkeit ein gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, der einerseits Zeit benötigt und andererseits unerlässlich ist.

¹ Vgl. <https://www.mopo.de/hamburg/schlappe-fuer-hamburgs-cdu-gender-thema-nicht-im-wahlprogramm/>

² Vgl. u.a. die differenzierte Stellungnahme des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes: <https://www.dbsv.org/gendern.html>

Als Landesfrauenrat Hamburg stehen wir für den Kampf um mehr Geschlechtergerechtigkeit. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch eine inklusive Sprache. Denn Sprache beeinflusst, wie wir unsere Umwelt wahrnehmen. Für uns ist aber auch klar, dass es am Ende um eine inklusive Gesellschaft gehen muss, in der sich Menschen mit verschiedensten sozio-demographischen Merkmalen in allen Bereichen des Lebens wiederfinden können. Wir sehen die Bemühungen eine geschlechtergerechtere Sprache zu nutzen und die Diskussionen darum, wie das aussehen kann, als eine Stufe einer langen Treppe. Die Bemühungen dürfen sich aber keinesfalls darin erschöpfen. Und wer weiß, vielleicht leben wir irgendwann ja in einer Gesellschaft, die so gerecht und inklusiv ist, dass es das Gendersternchen gar nicht mehr braucht!

Petra Ackmann

1. Vorsitzende Landesfrauenrat Hamburg

